

Der Courier
A die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadianer.
Erscheint jeden Mittwoch
Preis:
für Canada \$2.50
für Ausland \$3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadianer

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada \$2.50
to foreign countries \$3.50
Office and printing plant:
1835 Halifax Street Regina

19. Jahrgang

12 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 31. März 1926

12 Seiten

Nummer 21

Finanzielle Hilfe für Ansiedler in Westcanada

Die canadische Unterhausdebatte über die Stellung Canadas im Kriegsfalle

Woodsworth und Bourassa verurteilen die allzu harte Abhängigkeit von Großbritannien.

Ottawa. — Im Unterhause wurde der Regierungsentwurf für die Gewährung von Anleihen an Siedler auf Kronländereien eingehend besprochen. Die von dem Minister des Innern, Hon. Chas. Stewart, eingebrachte Resolution wurde in erster Lesung angenommen. Demnach sollte die Regierung Anleihen auf Kronländereien Darlehen bis zu \$1000 und anderenfalls bis zu \$500 vorstrecken.

Nach einer Darlegung des Innenministers sind in den Prärieprovinzen noch beträchtliche Gebiete von Kronländereien, welche nicht weiter als 15 Meilen von Eisenbahnen entfernt liegen. Ein Ziel der Regierung mußte es sein, für die Anfertigung der Karte zu sorgen und außerdem die Anfertigung länger der Eisenbahnen in großen Maßstäben durchzuführen. Wenn man das Gebiet der Eisenbahnen nicht so weit von den Eisenbahnen behält, wird es nicht immer neue Zweiglinien verlangen und mühen schließlich auch abgebaut werden, wenn man die Siedler auf dem Lande halten wollte. Die Anfertigung länger der bereits vorhandenen Eisenbahnen erspare den Zentral- und Provinzialregierungen große Ausgaben. Bei der Gewährung von Darlehen sollte nach Ansicht des Ministers ein Unterschied zwischen canadischen Bürgern und anderen gemacht werden.

Arthur Meighan, der Führer der Opposition, meinte, er sei nicht gerade gegen den Vorschlag, aber er könne ihn auch nicht besonders begeistert begrüßen. Denn Canada habe schon seine Erfahrungen mit der Zahlungsbedingung gemacht und habe nicht heute vor die Notwendigkeit gestellt, die Soldatensiedler wieder aufzuwerten. Der Minister habe gehört sein neuer Plan werde die Kreditbedingung annehmen, er glaube aber nicht, daß das jetzt noch vorhandene Heimstättenland eine große Ausdehnung für Siedler ausbilden könne. Der Minister müsse doch wissen, daß die Zahl der im Westen aufgegebenen Heimstätten Legion sei.

Canada und das britische Reich.

Die von dem Arbeiterabgeordneten für Winnipeg, J. E. Woodsworth, eingebrachte Resolution, nach der Canada jede Verantwortung für irgend welche Verbindungen ablehnen soll, welche durch die Politik Großbritanniens entstehen könnten, führte zu einer lebhaften Debatte.

Woodsworth vertrat die Auffassung, daß nun die Zeit gekommen sei,

da Canada in dieser Beziehung seinen eigenen Willen geltend machen sollte. So, wie die Lage heute sei, habe Canada tatsächlich keine Möglichkeit sich im Ernstfälle auf eigene Füße zu stellen. Canada würde aber namentlich in eine sehr heikle Situation versetzt, wenn ein streitiger Zustand ausbräche und den Ver. Staaten ausbreiten würde. Daher sollten die canadischen Interessen in Bezug auf die canadischen Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich nicht zu weit gehen. Ein Krieg zwischen Großbritannien und Frankreich würde ein besonders schwierige Lage für dieses Land. In Westcanada gäbe es Leute aus anderen Ländern Europas, mit denen Großbritannien eines Tages in Streitigkeiten geraten könnte. Canada sollte sich nicht so weit von Großbritannien entfernen, daß es sich nicht selbst verteidigen könnte. Canada sei in den letzten großen Krieg hineingezogen worden, der hauptsächlich ein europäischer Krieg gewesen sei. Das Land leide noch unter der Last der Schulden, welche jeder Kampf mit sich gebracht hätte.

Was nun, wenn ein weiterer Krieg kommt? Woodsworth ist nicht mit Reichen einverstanden, der in diesem Falle eine Selbstbestimmung behauptet, sondern er verlangt, daß der Krieg nicht unentschieden endet, er sei ein Antimeritokrat. Er stehe ganz auf dem Boden der britischen Arbeiterpartei und er frage sich, ob wohl die Abhängigkeit in Canada dasselbe tun würden, wenn die Arbeiterpartei in England wieder am Ruder sei.

Der Konervative H. W. Stennend wandte sich gegen Woodsworth und fing mit ihm eine mehr persönliche Debatte an. Er behauptete die Resolution als ein Mittel zur Aufwertung des Landes. Unmöglichkeit und Unmöglichkeit seien das größte Verbrechen der Arbeiterpartei für Winnipeg.

Henri Bourassa, der Unabhängige von Quebec, erklärte, es habe keinen Wert, das Problem der Beziehungen Canadas zum britischen Reich zu diskutieren, solange man nicht die Dominion hinsichtlich ihrer Verantwortung auf die gleiche Stufe wie Großbritannien stellen würde, sei es ungerade, von ihnen zu verlangen, daß sie bei außenpolitischen Verbindungen die nämlichen Kontingenzen auf sich nehmen sollten wie die Bewohner Großbritanniens.

Die drohende französische Finanzkatastrophe

Paris, 27. März. — Premierminister Briand berichtet heute mit seinem Kabinett, um Frankreich vor der drohenden finanziellen Katastrophe zu bewahren. Der Minister hat sich mit den Gegenmaßnahmen, welche die Budgetkommission der Deputiertenkammer zu dem Finanzplan von Finanzminister Peret gemacht hat. „Die Lage ist höchst bedenklich“, bemerkte Peret nach der Zusammenkunft. „Der geringste Fehler zu dieser Zeit könnte eine katastrophale herbeiführen. Nach einmütiger Ansicht der Regierung müssen dringende Maßnahmen getroffen werden, um den Finanzplan vor dem Zusammenbruch zu retten. Wir werden einen Vertrauensbeschluß von der Kammer verlangen.“

Während das Ministerium in Sitzung war, billigte die Budgetkommission der Deputiertenkammer einen Änderungsvorschlag, der für Cel und Zucker ein Staatsmonopol befristet.

Wieder ein falsches Kaisergerücht

Doorn, Holland, 27. März. — Der frühere Kaiser Wilhelm II. wird nicht dem Begräbnis der Königinmutter Louise von Dänemark, das am Samstag in Kopenhagen stattfinden wird, beiwohnen. Er wird durch einen seiner Söhne vertreten sein.

Anfanglich hieß es, der Kaiser trage sich mit der Absicht, von der dänischen Regierung die Zustimmung zu seiner Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten zu erlangen.

Reichsbankpräsident für neue deutsche Kolonien

Separatisten wollen größere Selbständigkeit für die Seeprovinzen

Ihre Forderungen an die canadische Regierung

Berlin, 27. März. — Um die durch den Dawes-Plan vorgezeichneten Zahlungen vollziehen Deutschlands auch für die Zukunft zu ermöglichen, schlug Dr. Schmidt, der Präsident der Reichsbank, in einer vor der Deutschen Reichsbankgesellschaft gehaltenen Ansprache die Gründung einer privaten Selbstverwaltung vor, der gewanntes früheres Kolonialgebiet zur Verfügung gestellt werden soll. Er sagte, daß die Bezahlung mit Rohprodukten durch die Selbstverwaltung der Alliierten annehmbar sein würde.

Solch eine Selbstverwaltung sollte eine politische Interessen nicht zu tun haben würde, sei das einzige Mittel, durch das Deutschland die nötigen Rohprodukte erlangen könnte, jedoch auch in Zukunft den Anforderungen des Dawes-Planes gerecht werden könne.

In der Hauptsache sollen die dortigen Separatisten folgende Forderungen auf Nova Scotia stellen: Nova Scotia soll seine Steuern und Zollabgaben kontrollieren. Es soll an der Zeit für militärische Verteidigung, für Postämter, Leuchttürme und für andere Seefahrtsmaßnahmen teilnehmen und sein Teil am Eisenbahnbau mit auch an der öffentlichen Schuld, ungedeckt auf den Projekt der Bevölkerung, tragen. Dagegen verlangt es, daß keine eigenen Polizeikräfte zu kontrollieren und keine eigenen Handelsabkommen abzuschließen.

Die Bewegung tritt für direkte Aktion ein, entfaltet aber auch eine intensive Propaganda gegen die Zentralregierungen und besonders gegen die industriellen Interessen von Ontario, die seit dem letzten Jahr über drei Jahren. Gegen die Kostrennungsbewegung wendet sich namentlich der „Halifax Herald“, der ein gemeinsames Canada verlangt und im Zusammenhang damit erklärt:

Der Grund, warum Nova Scotia nicht so bleibend wie Ontario und Quebec oder wie irgendeine andere Provinz Canadas besteht, ist lediglich der Tatsache zuzuschreiben, daß unsere Vertreter, welche in den letzten Jahren nach Ottawa gegangen sind, Liberaler wie Konserver, sich niemals besonders um die Interessen der Seeprovinzen gekümmert haben. Das war schon seit Bestehen der Konföderation.

Wir haben eine reichgelegene Provinz, eine der besten, wenn nicht

Costrennungsbewegung in Nova Scotia

Separatisten wollen größere Selbständigkeit für die Seeprovinzen

Ihre Forderungen an die canadische Regierung

Halifax, N. S. — Die schon seit einiger Zeit lebendige Kostrennungsbewegung in den Seeprovinzen hat in den letzten Tagen sich etwas an die Öffentlichkeit hervorgebracht. Eine Versammlung wurde gehalten, an der die Hauptredner aus Stadt und Provinz teilnahmen. Beschlossen wurde, am 1. Juli dieses Jahres, also am Dominionstag, überall in der Provinz öffentliche Versammlungen zu veranstalten und die Forderung des Auftrags gegen Canada zu erheben.

In der Hauptsache sollen die dortigen Separatisten folgende Forderungen auf Nova Scotia stellen: Nova Scotia soll seine Steuern und Zollabgaben kontrollieren. Es soll an der Zeit für militärische Verteidigung, für Postämter, Leuchttürme und für andere Seefahrtsmaßnahmen teilnehmen und sein Teil am Eisenbahnbau mit auch an der öffentlichen Schuld, ungedeckt auf den Projekt der Bevölkerung, tragen. Dagegen verlangt es, daß keine eigenen Polizeikräfte zu kontrollieren und keine eigenen Handelsabkommen abzuschließen.

Die Bewegung tritt für direkte Aktion ein, entfaltet aber auch eine intensive Propaganda gegen die Zentralregierungen und besonders gegen die industriellen Interessen von Ontario, die seit dem letzten Jahr über drei Jahren. Gegen die Kostrennungsbewegung wendet sich namentlich der „Halifax Herald“, der ein gemeinsames Canada verlangt und im Zusammenhang damit erklärt:

Der Grund, warum Nova Scotia nicht so bleibend wie Ontario und Quebec oder wie irgendeine andere Provinz Canadas besteht, ist lediglich der Tatsache zuzuschreiben, daß unsere Vertreter, welche in den letzten Jahren nach Ottawa gegangen sind, Liberaler wie Konserver, sich niemals besonders um die Interessen der Seeprovinzen gekümmert haben. Das war schon seit Bestehen der Konföderation.

Wir haben eine reichgelegene Provinz, eine der besten, wenn nicht

Deutsches Volksbegehren zur Fürstenabfindung

Heber 12 Millionen Wähler haben unterzeichnet

Regierung sucht Ver mittlungsoverfahren.

Berlin, 24. März. — Rund 12.500.000 Wähler des Deutschen Reiches haben nach einer vorläufigen amtlichen Schätzung die von der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei beantragte Petition um Entzerrung der Fürstenvermögen unterzeichnet. Die Wähler waren in Folge einer Verordnung des Reichsministers des Innern in allen Bundesstaaten vom 1. März bis einschließlich 17. März aufgefordert worden.

Diesen Angaben zufolge bekamen sich zu diesem Volksbegehren 8 1/2 Millionen Leute mehr als erforderlich waren, um den Reichstag zu zwingen, über eine Vorlage abzustimmen, die die Konstitution des Reiches aller früheren Reichspräsidenten mit Deutschland ohne jede Entschädigung verbietet.

Mit der Eintragung in die Listen war eine Abstimmung des Volkes über den Antrag nicht verbunden. Diese Abstimmung wurde erst im nächsten Zeitpunkt bei dem allfälligen Volksentscheid erfolgen. Nach der Reichsverfassung erfolgt die Volksabstimmung im Reich in zwei Teilen in das Volksbegehren und den Volksentscheid.

Nur das Volksbegehren ist um mindestens 10 Prozent aller Wahlberechtigten erforderlich. Es ist noch den letzten Wahlziffern im Deutschen Reich rund 10 Millionen Wahlberechtigten gibt, wäre das jetzige Volksbegehren schon mit der Unterzeichnung der Petition von 4 Millionen Wähler als gebilligt anzusehen gewesen.

Die Reichsregierung ist nunmehr verpflichtet, den im Volksbegehren erwünschten Vorschlag dem Reichstag vorzulegen. Reicht der Reichstag den Entwurf ab, so wird der Volksentscheid angeordnet, an dem sich mindestens die Hälfte aller Wahlberechtigten, also mindestens 20 Millionen, beteiligen müssen. In der Verfassung wird bestimmt, daß im Falle der Scheitern der Volksabstimmung der Reichstag die Hälfte aller Wahlberechtigten im Volksentscheid mitstimmen müssen.

Unter den bürgerlichen Parteien, besonders unter den Deutschnationalen und Volksparteilern, war die Lösung ausgebehalten worden, sich an dem Volksbegehren nicht zu beteiligen. Diese Parteien erklären, daß die entscheidungsgleiche Entzerrung gegen die fundamentalen Grundzüge der Verfassung verstoße und allen Begriffen von Gerechtigkeit und Billigkeit widerspreche.

Die Regierungsparteien sind bereit, ihren Wunsch nach einem geordneten Ausgleich zur Geltung zu bringen. Nach ihrem Vorhaben soll ein auf Antrag des Reichspräsidenten zu bildendes Reichslandgericht nach den Grundzügen der Billigkeit die bestehenden Differenzen entscheiden, und es sollen hierbei auf der einen Seite die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes, auf der anderen Seite die persönlichen Verhältnisse der Fürsten berücksichtigt werden, wobei gleichzeitig die allgemeine Verarmung des deutschen Volkes mit in Rechnung gezogen werden soll.

Mordplan gegen preussischen Minister?

Berlin, 27. März. — Das preussische Ministerium des Innern hat einen Kommissar nach Osnabrück auf die Insel Helgoland geschickt, um die Angelegenheiten eines dort verhafteten jungen Mannes zu untersuchen, der behauptet, er sei durch Voss zur Ermordung des preussischen Ministers des Innern bestimmt worden. Der junge Mann soll erklärt haben, er sei aus Leidenschaft gelassen, um das Verbrechen nicht auszuführen zu müssen und aus Furcht vor Vergeltung durch eine nationalsozialistische Bewegung, die für zur Tötung des Ministers ausgemacht hätte.

Die Berliner Polizei hält nichts von der Geschichte des jungen Mannes; sie glaubt, daß er gestrichelt ist. Nach einer Depesche an die Zeitung am Montag heißt der junge Mann Friedrich Orulowski, 26, in Breslau geboren. Er wurde vom preussischen Justizminister des Reiches als ein „Kontingentsmitglied“ zur Ermordung von Minister Severing bestimmt. Als ihn drei Zeugen in Osnabrück, nahe der sächsischen Grenze, nicht trafen, teilte er dem Breslauer Verband in einem Briefe die Tatsache mit. Vor der Vollstreckung des Briefes wurde der junge Mann aber betrunken und erst später, daß ihm das Schreiben gestohlen worden war. Aus Furcht vor der Verhaftung teilte er, daß er über die Grenze und hoffte, nach Ungarn kommen zu können.

Brutales Benehmen der tschechischen Polizei

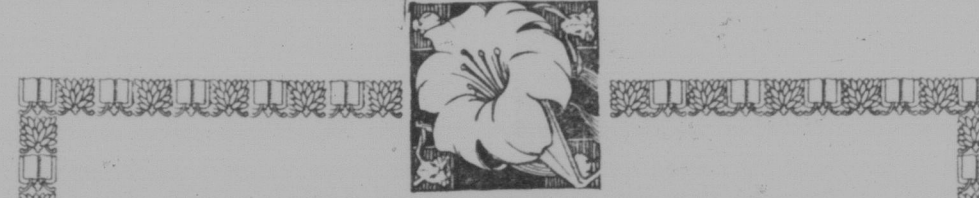
Prag, 26. März. — In Anbetracht wurden von den tschechischen Sozialdemokraten Protestveranstaltungen gegen die Sprachverordnungen der tschechischen Regierung abgehalten. Die Arbeiterschaft kam direkt aus den Fabriken in die Stadt gezogen. Die Sprachverordnungen, die die tschechische Regierung im letzten Jahre erlassen hat, sind in der Tat ein Verbrechen gegen die tschechische Bevölkerung. Die tschechische Polizei hat in der Stadt geübt, die tschechische Bevölkerung zu terrorisieren und die tschechische Arbeiterschaft zu verhaften. Die tschechische Regierung hat die tschechische Bevölkerung zu terrorisieren und die tschechische Arbeiterschaft zu verhaften.

Canada schublos gegen Vereinigte Staaten

Ottawa. — Großbritannien wird nie irgendwelche Schritte unternehmen, um Canada gegen einen möglichen Angriff von Seiten der Vereinigten Staaten zu beschützen, sagte der britische Lord Fisher, der frühere Befehlshaber der britischen Flotte vor einigen Jahren zu St. Pierre, Quebeck. Er erzählte dem Unterhause von einem Gespräch, das er mit Lord Fisher gehabt hat und in welchem die Lage Canadas in einem Streit zwischen Großbritannien und den Ver. Staaten betrachtet worden war.

Amerikanische Einwanderung nach Canada

Ottawa. — Über eine vierstel Million Dollar wurden in vergangenen Jahre von dem canadischen Einwanderungsdepartement in den Ver. Staaten ausgegeben, um den Erwerb, daß 13.818 Bürger der Ver. Staaten sich in Canada niederließen. Auf eine im Unterhause eingebrachte Anfrage wurden einige Zahlen vorgelegt, aus welchen hervorgeht, wie teuer der canadischen Regierung jeder „Stamp“ kam, der zur Auswanderung aus den Ver. Staaten nach Canada bezogen wurde.



Christus erstand

Von den Türmen durch lenzliche Lüfte
Hallen die Glocken in Jubelakkorden.
Lieblicher wogen der Blumen Düfte.
Sel'ge Verheißung umblüht alle Grüste.
Ewiges Leben ist uns geworden:
Er, den noch gekern das Grab gebannt,
Christus erstand!

Licht hat ewige Nacht durchdrungen.
Himmlicher Liebe göttliches Leben,
Die für uns Sünder am Kreuze gerungen,
Hat des Todes Gewalt bezwungen;
Gottes Kindschaft ward uns gegeben
Und ein himmlisches Vaterland.
Christus erstand!

Selig nun sind wir in Gnadenwonnen.
Heil! Seines Grabes düsteres Trauern
Ward zu des ewigen Lichtes Bronnen.
Klarheit hat unfere Seelen umronnen.
Heiliges Hoffen macht uns erschauern.
Einmal verklärt uns, was wir erkannt:
Christus erstand!

Joachim Samleben.

Exkanzler Fehrenbach gestorben

Berlin, 26. März. — Konstantin Fehrenbach, der fünfte Kanzler der deutschen Republik, ist heute in Freiburg, Baden, im Alter von 74 Jahren gestorben. Er war seit einigen Wochen an Lungenerkrankung erkrankt. Fehrenbach kam am 11. Januar 1852 in Wellendingen im Schwarzwald als Sohn eines Schullehrers zur Welt. Er studierte zuerst katholische Theologie, wandte sich aber später der Rechtswissenschaft zu. Im Jahre 1882 ließ er sich als Anwalt in Freiburg nieder und nahm von Anfang an ein lebhaftes Interesse an der Politik, indem er sich der Zentrumspartei anschloß. Im Jahre 1885 kam er in den badischen Landtag, 1907 wurde er zum Präsidenten der Provinzialversammlung gewählt. Seit 1909 gehörte er zugleich dem Reichstag an. Im Jahre 1913 legte er sein Mandat nieder, um sich ausschließlich der Reichspolitik zu widmen. Im Jahre 1919 wurde Fehrenbach Vorsitzender der Budgetkommission, später im gleichen Jahr Präsident des Reichstags. Er führte auch im Jahre 1919 in der Nationalversammlung in Weimar den Vorsitz, wo er in einer schwierigen Lage parlamentarischen Geschick an den Tag legte. Nach dem Ausscheiden der Sozialisten aus dem Ministerium im Jahre 1920 wurde er Kanzler. Kurz darauf war die Konferenz in Spa, in welcher die Deutschen zum ersten Mal seit dem Krieg mit den früheren Feinden am Beratungstisch saßen. Als die Alliierten auf der Londoner Konferenz im Jahre 1920 Deutschland ein Ultimatum stellten, mit sechs Monaten für Erfüllung der Bedingungen über Entschädigungsleistungen, beschloß Fehrenbach zu gehen und legte im Mai 1921 sein Amt nieder, das Feld seinem Parteigenossen Dr. Brüning überlassend. Seitdem blieb er der Leiter des Reichstags. Als Dr. Brüning im Jahre 1923 Kanzler wurde, folgte ihm Fehrenbach als Führer der Zentrumspartei.

Faschistische „Justiz“

Chiari, Italien, 27. März. — In dem Matteotti Prozeß hat die Faschistenherrschschaft, für die ich während der Verhandlung der Sekretär der Faschistenpartei, Roberto Forinacci, einsetzte, einen Sieg über ihre Gegner genommen, der für diese geradezu vernichtend ist.

Die fünf Männer, die unter der Anklage standen, Premier Mussolini, faschistische Theologie, wandte sich aber später der Rechtswissenschaft zu. Im Jahre 1882 ließ er sich als Anwalt in Freiburg nieder und nahm von Anfang an ein lebhaftes Interesse an der Politik, indem er sich der Zentrumspartei anschloß. Im Jahre 1885 kam er in den badischen Landtag, 1907 wurde er zum Präsidenten der Provinzialversammlung gewählt. Seit 1909 gehörte er zugleich dem Reichstag an. Im Jahre 1913 legte er sein Mandat nieder, um sich ausschließlich der Reichspolitik zu widmen. Im Jahre 1919 wurde Fehrenbach Vorsitzender der Budgetkommission, später im gleichen Jahr Präsident des Reichstags. Er führte auch im Jahre 1919 in der Nationalversammlung in Weimar den Vorsitz, wo er in einer schwierigen Lage parlamentarischen Geschick an den Tag legte. Nach dem Ausscheiden der Sozialisten aus dem Ministerium im Jahre 1920 wurde er Kanzler. Kurz darauf war die Konferenz in Spa, in welcher die Deutschen zum ersten Mal seit dem Krieg mit den früheren Feinden am Beratungstisch saßen. Als die Alliierten auf der Londoner Konferenz im Jahre 1920 Deutschland ein Ultimatum stellten, mit sechs Monaten für Erfüllung der Bedingungen über Entschädigungsleistungen, beschloß Fehrenbach zu gehen und legte im Mai 1921 sein Amt nieder, das Feld seinem Parteigenossen Dr. Brüning überlassend. Seitdem blieb er der Leiter des Reichstags. Als Dr. Brüning im Jahre 1923 Kanzler wurde, folgte ihm Fehrenbach als Führer der Zentrumspartei.

Die Wirren in China

Peking, 27. März. — Offizielle Telegramme belagern, daß General Chang Kai-Shek in Verbindung mit Dr. C. C. Wu und andern hervorragenden Chinesen in Stanton eines Staatsreichs ausgeführt und chinesische und russische Kommunisten gefangen gesetzt habe.